

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Preis für Deutschland Berlin 1.50 M. bei voraus zahlend. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 1.50 M., für das übrige Ausland 1.50 M. einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 1.75 M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2595 und 2596.

Die schlagfertige Tageszeitung über den Tag, sowie jede Wochenzeitung, als auch die Familien- und Organisationszeitungen werden laut aufgegebenem Abonnement Carl beschneidet. Interesse für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 10 1/2 Uhr nachmittags in der Expedition eingegangen sein.

Intercom-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2595-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Einmarsch der Franzosen.

Frankfurt am Main besetzt.

Frankfurt a. M., 6. April.

Heute morgen um 5 Uhr wurde Frankfurt a. M. von den französischen Truppen besetzt.

Frankfurt a. M., 6. April.

In Erfüllung der Drohung des französischen Ministerpräsidenten Millerand sind die französischen Truppen heute früh um 5 Uhr in Frankfurt einmarschiert. Als erstes Objekt von militärischer Bedeutung wurde der Hauptbahnhof besetzt und vor dem Hauptbahnhof ein Post aufgestellt. Das Kommando der französischen Besatzungstruppe erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem erklärt wird, daß die deutsche Regierung durch das Vorgehen der Reichswehrtruppen gegen die Arbeiterschaft im Ruhrrevier die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verletzt habe. Infolgedessen seien sich die französischen Truppen gezwungen, sich Pfänder zu nehmen, damit die deutsche Regierung ihrer Unterpflicht nachkomme. Wie weiter gemeldet wird, sind bereits französische Truppen gegen Darmstadt und Hanau im Vormarsch. Die französische Rheinflotilla ist in der Nacht nach Hanau abgefahren. Die Besetzung Frankfurts ist ohne Zwischenfall vor sich gegangen, da infolge der frühen Morgenstunde die Bevölkerung nicht auf den Straßen war und den Einzug der französischen Truppen nicht sah. Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr werden vorüberhand ungestört aufrechterhalten.

Der Einmarsch in Darmstadt.

D. Darmstadt, 6. April.

Der Einmarsch der französischen Truppen hat heute morgen um 4 Uhr in Darmstadt stattgefunden und sich in völliger Ruhe abgepielt. Die Franzosen besetzten alle Bahnhöfe, Postämter, das Schloß und alle öffentlichen Gebäude. Soweit bisher bemerkt wurde, scheinen zu der Besetzung Darmstadts nur farbige Truppen verwendet worden zu sein.

Die deutschen Behörden haben zu der Besetzung in folgendem Aufruf an die Bevölkerung Stellung genommen:

An die Bevölkerung Darmstadts! Im Zusammenhang mit den Vorgängen im Ruhrrevier rücken heute morgen französische Truppen hier ein. Der unterzeichnete Staatspräsident hat gegen diese Maßnahmen sofort Protest eingelegt. Es ist notwendig, daß die Bevölkerung Ruhe bewahrt. Jedermann gehe seinen gewohnten Geschäften nach. Unter allen Umständen müssen Handlungen der Bevölkerung wie auch alle ausbleibenden Handlungen vermieden werden. Je größer die Ruhe, desto sicherer der baldige Abzug der fremden Truppen. Nach den erfolgten Versicherungen der französischen Regierung, Behörden und Beamte unbeteiligt in Tätigkeit.

Darmstadt, 6. April 1920.

Ulrich, Staatspräsident. Dr. Glasing, Oberbürgermeister.

Auch Hanau besetzt.

Der Telefonverkehr mit Hanau ist seitens der französischen Besatzungstruppen gesperrt worden, so daß sich nicht feststellen ließ, in welcher Weise sich hier der Einmarsch vollzogen hat.

(Siehe auch Seite 3.)

Beendigung des Generalkreits in Dänemark.

Kopenhagen, 5. April. (Rha.)

Da die Einigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hergestellt ist, wurden der Generalkreit abgesetzt.

Der König hat seine Zustimmung zu folgender Ministerliste erteilt: Obwobmannschafsdirektor Friis Ministerpräsident und Verteidigungsminister, Stiftsbambmann Kammerherr Amentorp Kirchenminister, Bürgermeister Jørgensen Sozialminister, Generalsekretär Koefoed Finanzminister, Schulminister und Stadtoberarbeiter Wederksen Unterrichtsminister, Volksbildungsminister des Reiches Axel Jørgensen Minister für öffentliche Arbeiten, Departementschef Riis-Jensen Minister für öffentliche Arbeiten, Departementschef O. E. Scavenius Minister des Innern, Departementschef Schönder Justizminister, Richter Sonne Landwirtschaftsminister und Departementschef Bedel Minister des Innern. Der bisherige Minister für Schleswig, Hansen, wurde zum Generalkommissar für Schleswig ernannt. Der Posten für den Verkehrsminister ist noch unbesetzt.

Das Ministerium besteht aus Männern, die sich politisch noch nicht betätigt haben. Seine einzige Aufgabe ist die Durchführung des Wahlgesetzes. Das vom Ministerium im Reichstag eingeleitet wurde, und die Abhaltung neuer Volkskammerwahlen.

Der Reichstag ist für morgen einberufen worden. Die Neuwahlen für den Reichstag sind für den 22. April festgesetzt.

Sämtliche Forderungen der Arbeiter wurden erfüllt, darunter die nach Aufhebung der Anklage gegen die Arbeiter, die Sicherung einer Lohnzahlung für Arbeiter im August, sowie die Einführung von Betriebsräten und die Umwandlung für alle politischen Vorgehen.

Schwere Unruhen in Irland.

H.N. London, 6. April.

In mehreren Städten Irlands haben während der Osterwoche heftige Unruhen stattgefunden, die weniger blutig, dafür aber um so enker an Zerstörungen waren. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag waren sämtliche Telegraphen- und Telefonleitungen von Dublin abgeschaltet, so daß keinerlei Nachrichten weitergegeben werden konnten. Der Angriff der Sinnfeiner richtete sich hauptsächlich gegen die Bureau der Einkommensteuer, die sämtlich in Flammen aufgingen. Außerdem wurden mehrere Polizeiamter in Dublin, Cork, Belfast und anderen irischen Städten entweder in die Luft gesprengt oder eingeäschert. Die Forderung von Dublin ist praktisch vollkommen. Im ganzen sind über 100 Polizeistationen zerstört worden. Auch die Polizeiamter wurden in vielen Fällen angegriffen. Da zahlreiche Dokumente vernichtet worden sind, befindet sich die Regierung in großer Schwierigkeit, da sie nicht weiß, wie die Steuerforderung vor sich gehen soll.

Das Mißtrauen gegen die Polizeiektion.

Der Reichskommissar Sebering hat in seinem Aufruf an die Bevölkerung behauptet, daß die Reichswehrtruppen mit dem Einmarsch die Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft nicht durchbrochen habe; wo sie an einzelnen Stellen Kämpfe vorangeführt seien, hätten Angriffe der bewaffneten Arbeitermassen ihnen den Anstoß dazu gegeben. Wir haben schon festgestellt, daß diese Darstellung unrichtig ist. Gätten die Reichswehrtruppen die Anordnungen befolgt, so wäre eine Lösung der bewaffneten Arbeiter von ihnen ohne weiteres möglich gewesen, dann hätten aber auch die Arbeiter aus den bereits besetzten Gebieten die Möglichkeit gehabt, ohne die Reichswehr die Ruhe überall wiederherzustellen. Das ist unmöglich gemacht worden.

Wie sehr das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Polizeiektion berechtigt ist, das geht schon aus der von uns bereits berichteten Tatsache hervor, daß in Dortmund nach dem Einmarsch der Reichswehr am Sonntag die Ordnung wieder aufgestellt worden ist. Auch die Besetzung von Schwerte, das schon im brennenden Zustand lag, ist nicht geeignet, die Versicherung der Regierung, daß sie nichts gegen die schon beruhigten Gebiete unternehmen wolle, glaubhafter zu machen. Zu allem Ueberflus müssen wir noch auf folgendes aufmerksam machen: Nach uns angegangenen glaubwürdigen Mitteilungen hat sich der Führer des Freikorps Schulz, eines der von den Arbeitern gefolgten Truppenteils der Kapp-Regellen, nach seiner Niederlage nach Weisel begeben und dort einen leitenden Posten in der Reichswehr wieder angenommen. Dieser Schulz steht jetzt an der Spitze eines Truppenteils, der im Auftrage der Regierung auf Mühlheim marschiert. Glaubt man, daß Leute dieses Schlages geeignet seien, beruhigend auf die Arbeiterschaft einzuwirken? Ist die Regierung der Meinung, daß die Einreise von den Weiselschen Schlages wirklich nur die Durchführung einer Polizeiektion ermöglicht?

Die Schuld der Regierung.

Die Besetzung dreier der blühendsten und wichtigsten deutschen Städte durch die Franzosen, das sind die Folgen des fürchten und unverantwortlichen Vorgehens der Regierung im Ruhrrevier.

Au der Schuld der deutschen Regierung, die es in ihrer Verblendung so weit hat kommen lassen, daß die französische Regierung den erwünschten Vorwand zum Einmarsch finden konnte, besteht nicht der geringste Zweifel. Da werden keine offiziellen Vertuschungs- und Täuschungsversuche irgend etwas helfen.

In Ruhrrevier begann nach dem Bielefelder Abkommen Beruhigung einzutreten, die friedliche Lösung wurde von allen Arbeiterparteien gewünscht und gefördert. Diese Arbeit wurde halb vernichtet durch das im Ton und Inhalt gleich verunglückte Ultimatum der Regierung und sie wurde ganz vernichtet durch die frechschamige Propagation des Generals Watter mit seinen Ausführungsbestimmungen.

Trotzdem setzten die Arbeiterparteien unter viel schwierigeren Umständen ihre Arbeit zur friedlichen Beilegung des Konfliktes fort. Aber statt unterstützt zu werden von der Regierung, wurde ihr Werk immer wieder erschwert. Die Regierung mußte den General Watter nach Gelobte Ausführungsbestimmungen abberufen, um den Beweis zu geben, daß es ihr ernst damit sei, die Arbeiterschaft nicht der Nachsicht der Reichswehrführer auszuliefern. Sie mußte die Bemühungen der Arbeiterschaft, selbst Ordnung zu schaffen, mit aller Kraft unterstützen, und vor allem weinlich darauf achten, daß die Reichswehr die Ministervereinbarungen einhielt. Das alles ist nicht geschehen, die Regierung ließ sich vielmehr zur gewaltsamen Lösung treiben.

Das war unverantwortlich vom Standpunkt der inneren Politik aus, es war besonders vom Standpunkt der äußeren.

Von Anfang an hatte die französische Regierung keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den Einmarsch der Reichswehr in das neutrale Gebiet als Bruch des Friedensvertrages betrachtete und ihrerseits Gegenmaßnahmen ergreifen würde. Da kann bloßlich die rätselhafte Erklärung des Reichskanzlers Müller, daß die französische Regierung ihre Auffassung geändert und keine Einmarsch mehr gegen den Einmarsch erhebe. Diese Erklärung war falsch. Die Frage bleibt bis zur Stunde unbeantwortet, wie Müller diese Erklärung abgeben konnte. Wir unsererseits wissen nur eine Antwort: die Reichswehrgeneralen wollten marschieren, und da dem die französische Erklärung gegenüberstand, mußte sie aus der Welt geschafft werden, wenn nicht anders, so durch eine Lüge. Da nicht anzunehmen ist, daß der Reichskanzler bewußt Falsches gesagt hat, so muß ihm seine Erklärung von reaktionären Beamten des Auswärtigen Amtes, die mit den Reichswehrgeneralen im Bund waren, suggeriert worden sein. Es handelt sich offenbar um eine niederträchtige reaktionäre Machenschaften derjenigen Elemente, denen die Reichswehr nicht früh genug gegen die Arbeiter marschieren konnte.

Unglaublich ist aber das weitere Verhalten der Regierung. Im nächsten Tage bereits mußte sie offiziell, daß die französische Regierung an ihrer Auffassung festhalte, daß alle Vorstellungen und Bitten in Paris vergeblich waren. Sie mußte also, daß der Einmarsch der Reichswehr die größte Gefährdung deutschen Gebietes und schwere internationale Komplikationen bedeutete. Sie hätte es wenigstens wissen müssen, wenn die deutschen Minister irgendwie eigenen Urteils fähig sind und sich nicht von jedem reaktionären Geheimrat an der Nase herumführen lassen. Trotzdem ließ sie den Einmarsch zu, trotzdem konnte sie den Zeitpunkt gar nicht erwarten, wo die Reichswehr einmarschierte. Dabei ließ sie die deutsche Öffentlichkeit über die drohende internationale Gefahr so ziemlich unorientiert und während die Franzosen schon marschierten, sa-

Der Einmarsch in die neutrale Zone.

Die deutsche Regierung hat ein Communiqué fertiggestellt, das an die französische Regierung gerichtet ist. Es beginnt mit dem Wortlaut einer deutschen Note, die heute in Paris überreicht worden ist. Daran schließt sich eine Darstellung der historischen Vorgänge. Zum erstenmal wird darin das Telephongespräch, das zwischen Paleologue und dem deutschen Geschäftsträger in Paris geführt worden ist, bekanntgegeben, zugleich mit der schriftlichen Bestätigung. Danach sei der Reichskanzler berechtigt gewesen, seine Ausführungen in der Nationalversammlung zu machen.

Ueber die Besetzung von Frankfurt a. M., Darmstadt und Genua wird noch berichtet: In Frankfurt a. M. ist eine Division in Stärke von etwa 20 000 Mann angedrückt, Eisenbahn, Post, Polizei wurden sofort besetzt. Der Belagerungszustand wurde über die Stadt verhängt. Starke französische Patrouillen durchziehen die Stadt. Die Behörden wurden unter französische Kontrolle gestellt.

Der Gebrauch von Telephon ist verboten. Telephongespräche und Telegramme bedürfen des französischen Visums. Außer Frankfurt a. M. sind noch Darmstadt, Offenbach a. M., Kreis Königstein, Genua und Dieburg besetzt worden. In Frankfurt a. M. ist die Sicherheitspolizei entwaflnet worden. Nicht entwaflnet wurde die blaue Polizei. Dem hessischen Ministerpräsidenten Ulrich wurde bereits gestern abend mitgeteilt, daß Darmstadt heute früh besetzt werden soll. Die Besetzung hat sich in aller Ruhe vollzogen. Der Verkehr in Darmstadt soll nicht unterbrochen werden. Die Stärke der französischen Besatzung beträgt etwa 5000 bis 6000 Mann. Die Franzosen haben einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen. Zeitungen dürfen nicht erscheinen. Der Belagerungszustand ist überall verhängt worden.

Mandatsniederlegung des Genossen Hennig.

Genosse Paul Hennig, Mitglied der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung, legt sein Mandat nieder, da er durch seine Tätigkeit als Stadtvorsteher-Vorsteher in Halle und durch seine Tätigkeit als politischer Redakteur des „Hollischen Volksblattes“ sehr in Anspruch genommen wird. Die nächsten Kandidaten auf der Liste der U. S. P. im Wahlbezirk Erfurt-Weisungen haben ebenfalls auf ihr Mandat verzichtet, so daß nunmehr Genosse Otto Kallian Mitglied der Preussischen Landesversammlung werden wird. — Genosse Kallian ist bekanntlich in einem Mandatsniederlegungsprozeß wegen seiner Tätigkeit als Vorsitzender des revolutionären Arbeiterrates zu Halle zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden und befindet sich schon seit 18 Monaten in Untersuchungshaft. Die Preussische Landesversammlung wird, so hoffen wir zurecht, die Haftentlassung des Genossen Kallian beschließen, um ihm die Ausübung seines Mandates zu ermöglichen und durch einen solchen Beschluß beweisen, daß sie einen neuen Kurs gegenüber den aufrechten Vertretern der revolutionären Arbeiter eingeschlagen gedenkt.

General Seekt und die Rassenrazzia.

Uns wird geschrieben: Wie bekannt, ließ General v. Seekt ohne überhaupt eine Genehmigung der Zivilbehörden einzuholen, eine größere Zahl Russen, in erster Linie „Schieber“, von Berlin abtransportieren. In zweiter Linie angeblich „Wolfschweigen“. Alle Russen, mit Ausnahme der Monarchisten und hollischen Baronen, sind über diese unrechtmäßige Handlungsweise des angeblichen Demokraten tief erzürnt. Fast die gesamten abgeschobenen Russen waren Sozialisten, um aber den Schein nach außen zu wahren, werden ein paar kleine Schieber mit festgenommen.

15. und 16. März in der neuen Welt verhalten wollte, in Folge des Generalstreiks bis zum 17. und 18. Mai zurückzuziehen. Einflüßler behalten ihre Gültigkeit, können jedoch auch in den nächsten Tagen, Freitag von 8-10 Uhr in der Aula des Königl. Hoftheaters, 67, zur Verfügung stehen. Da beide Kongresse außerordentlich sind, können bei der großen Nachfrage nach Eintritten etwaige zurückgegebene Karten nur an Mitglieder ausgeteilt werden. — Der Volks-Chor beschäftigt die neue Kongression im Herbst mit einem in den größten Räumen gehaltenen Richard Strauß-Konzert zu bestimmen, an dem außer allerersten Solisten das Philharmonische Orchester in Stärke von 120 Musikern mitwirken. Ueber die Besetzung mit Dirigenten gehen die stonische Dichtung „Tod und Verkündigung“ und die Oper „Wanderers Sturmlied“ und „Luller“ zur Aufzählung. Der Chor, der jetzt etwa 400 Mitglieder zählt, soll nach Möglichkeit auf wenigstens 600 Mitglieder verstärkt werden. An alle Männer und Frauen der Arbeiterklasse, die gute Stimmen und Gedächtnis besitzen und genügend großes musikalisches Interesse haben, um bei den Aufführungen der großen Werke der Chor-Musik mitzuwirken, ergeht deshalb die Aufforderung, dem Volks-Chor jetzt als singendes Mitglied beizutreten. Notenantritt ist nicht erforderlich, da Notenkarte nicht notwendig. Der Mitgliederbeitrag beträgt nur 50 Pf. monatlich, dafür Teilnahme an Reisen und Stimmabgabungen, erhaltene Beiträge über die zur Aufführung gelangenden Musikwerke, freie Benutzung der Chorbibliothek, Freilassen zu exklusiven Konzerten, und Solistenangabe usw.

Im neuen Volkstheater, Adonisstr. 68, spielt in der am Freitag stattfindenden Aufführung der Tragödie „Das Paradies“ von Hans J. Reisch die Orloff die weibliche Hauptrolle; die anderen Rollen liegen in den Händen der Herren: Delezle, Feide, Emdorff. Einleitung: Heinz Goldberg.

Vom Staatsbühnenensemble in Berlin wurde an Stelle des ausgeschiedenen Prof. Hans Kautsch Emil Birchan als Leiter des Ensembles ernannt.

Auf einem Kunstabend „Expressionen“ (wieder ein neuer Name!) am Mittwoch, den 7. April, abends 8 Uhr, in der Berliner Gesellschaft nach Kollhoff aus den Zeichnungen der Künstler. Die Herren Bannstein (Walden) und Ober (Wieland) spielen drei Streichquartette von Fritz Heid. Wändisch.

Das zweite Sinfonie-Konzert im Deutschen Opernhaus findet am Sonntag, den 11. April, mittags 11 Uhr, statt.

Wittor Blüthgen, der bekannte Poet altschottisch sinniger Haus- und Kinderbücher, ist 77 Jahre alt in Berlin gestorben.

Die Einberufung von Schiebern (Aus- und Inländern) ist fraglos sehr erwünscht. Dieses geschah aber nicht. Die großen russischen Schieber trotz der Maßnahmen nicht. Wie stark sie uns wirtschaftlich durch Massenauslässe fürs Ausland schädigen (es handelt sich hier um große Millionenbeträge) ist den militärischen und zivilen Machthabern anscheinend ganz gleichgültig.

Eine andere Gruppe, die offensichtlich mit unseren Gleichgesinnten zusammen gegen die republikanische Staatsordnung in Deutschland arbeitet, blieb natürlich völlig unbehelligt. Das sind die Leute, die während der Kappjagd laut und demonstrativ ihre Sympathien den Amstürzern gegenüber aussprechen. Sie bilden für uns tatsächlich eine Gefahr. Dafür, daß sie aber nie ausgewiesen werden, bürgt ihnen die monarchistische Gesinnung unserer militärischen Führer.

Als die Entente die Unterstützung der drei an der Nord-West- und Südfront kämpfenden antibolschewistischen Armeen Judentisch, Maslow-Bermondit und Denikin entzog, lösten sich diese Armeen auf. Nur die Denikin'sche Armee besteht noch, wenn auch nur auf dem Papier. Wo sollte die ganzen reaktionären Führer und Offiziere hin?

Sie waren überall nicht gern gesehene Gäste. Die noch reaktionäre Gesinnung des deutschen Offizierkorps und der deutschen Beamenschaft geben ihnen die Gewähr für deutsche Gafreundschaft. Sie irren sich auch keineswegs. Das Offizierkorps der Armee Maslow mit seinem Führer an der Spitze scheint geschlossen nach Deutschland zurück. Die deutsche Gafreundschaft war für sie was selbstverständliches. Denn diese Armee war entlang allen feierlichen Erklärungen der deutschen Regierung in Deutschland gebildet und mit deutschem Material ausgerüstet worden. Sie hing in jeder Hinsicht nur von deutscher Unterstützung ab.

Die nördlich anschließende Judentisch-Armee stand im Solde der Entente. Sie war von dieser vollkommen abhängig. Nach dem Zusammenbruch ging ein großer Teil des Offizierkorps über zum Kaiser nach Deutschland. In geringerer Anzahl ging dieses auch für die Denikin-Armee. Daß hier die Zahl geringer war, liegt an der großen Entfernung. In diesen kommen noch zahlreiche russische Offiziere, die mit was zusammen nach Aufgabe des besetzten Gebietes im Osten nach Deutschland gingen.

Die Zahl der monarchistischen russischen Offiziere (andere gibt es kaum in Deutschland), die sich speziell in Berlin aufhalten, ist erschreckend groß. Sie treiben energisch monarchistische Propaganda in den russischen Gefangenenlagern, was unseren Hörsen in militärischen Stellen gut bekannt ist. Mit den militärischen und konservativen Kreisen stehen sie in enger Verbindung. Ihr Programm in Kürze folgendes: Wändnis eines monarchistischen Rußlands mit einem monarchistischen Deutschland. Gelingt es in Deutschland die Monarchie früher herzustellen, so hilft Deutschland den Russen, andernfalls umgekehrt.

Vor diesen „lästigen Ausländern“ müßte die deutsche Reaktion ganz besonders auf der Hut sein. Sie gefährden die Sicherheit derselben und nicht der kleine Offizier, der sich kümmerlich durchschlägt.

Inzwischen ist die Verfügung des Generals v. Seekt durch Eingreifen der Zivilbehörden rückgängig gemacht worden. Aus demerswählter Schickung geht aber die Bestimmung dieses Kommandes, der russischen gegen Kall, dagegen mit ungläubiger Rücksicht nach rechts gegen deutsche und russische Monarchisten vorgeht, für uns klar und deutlich hervor.

Gewerkschaftliches.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

In der am 29. März abgehaltenen Versammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission erhaltete der Obmann, Genosse Flemming, den Tätigkeitsbericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Anschließend hieran erhaltete der Kassierer, Genosse Storch, den Kassenbericht. Auf Antrag der Mitglieder wird ihm einstimmig Entlassung erteilt.

In der Debatte, in der die Genossen Gutschmidt, Schwiegl, Rippel, Habel, Graudenz und Paul Sommer das Wort nahmen, wurde in der Hauptsache über die Organisationsform heringediskutiert. Alle Redner, bis auf Genosse Gutschmidt, sprachen sich für die Bildung einer Gewerkschaftsverbände aus, auf die man sich durchaus stützen könne. Geschlossen würde, in allenmöglicher Zeit eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einzuberufen, in der Genosse Rippel über die Ursachen der herkömmlichen Konvention sprechen soll.

Die Wahlen zum Ausschuss ergaben, daß die Genossen Flemming, Giese, Sommer, Storch und Rippel wiedergewählt wurden. Die Kommissionsmitglieder verließen wieder der bisherige Obmann, Genosse Flemming, vom Zentralverband der Arbeiter. In Revision wurden gewählt die Genossen Koch und Runds. In die Prüfkommmission wurden die Genossen Hollentshin, Dermitsch und Koch entsandt.

Ueber die beschlossene Maßnahme wurde gesagt, daß sie keinesfalls von Seiten der Arbeiterklasse, ganz gleich wie sich die Parlamente und Arbeitsgerichtsämter in diesem Jahre hierzu stellen, festlich begangen werde. Um die Einheitlichkeit stärker zum Ausdruck zu bringen, wurde gewünscht, eine Einheitlichkeit in der Veranstaltung der Vorbereitungsarbeiten herbeizuführen. Der Vertreter der Industrie, Genosse Heideknecht, hielt die Vertreter dafür zu warnen, daß die Arbeiterklasse nicht mehr des Sonntags die Vorbereitungsarbeiten aufschübe, da die Industrie hierdurch in ihrem Kampfe um die Einführung der Sonntagsruhe in Vordergrunde einer schweren Stand haben. Ebenso ersucht der Vertreter der Arbeiter, Gen. Rabe, darauf zu achten, daß die Blumen-Geschäfte Sonntags vor 11 Uhr zu schließen haben. Weiter wird in dieser Beziehung die Zeit meistens bis 11 1/2 Uhr ausgedehnt. Die Genossen Hollentshin, Rippel, Habel und Graudenz treten mit aller Energie für diese Herberungen ein. Nach einer Debatte über die Bestimmung der Generalstreik-Tagen wegen des Sonntags, die von Genossen Wenzling angeregt wurde, verlas man den Bericht des Genossen Heideknecht über die Arbeiten des Ausschusses betreffend Arbeitsgerichtsverfahren bis zur nächsten Sitzung.

In der nächsten Sitzung, die am 18. April im „Volkshaus“ stattfindet, referiert der Genosse Paul Sommer über das Thema: „Arbeiterverbände und Betriebsorganisationen“.

Achtung! Betriebsräte. Die Versammlung der Hauptgruppe der Papierindustrie findet nicht in der Weinmeisterstraße, sondern Gartenstraße 107 a statt. Die Versammlung der Hauptgruppe der Stein- und Baubetriebe findet in der Schulstraße 57 statt. Der Aktionsauschuss.

Achtung! Schumacher! Die Betriebe D. Gundersen u. Co., Adonisstr. 38 a und H. Paul, Wilmersdorferstr. 45 sind für organisierte Kollegen gesperrt. Die Arbeitsverwaltung.

Groß-Berlin.

Die Unterbringung städtischer Arbeitsloser und die Güterverwaltung.

Die Unterbringung der Arbeitslosen in Arbeitsstätten ist keine leichte. Auf dem Papier nehmen sich die Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums sehr hübsch aus, aber was helfen alle Arbeitsnachweise, wenn nicht genügend Arbeit vermittelt werden kann. Dazu kommen die Schwierigkeiten, bestimmte Arbeiterkategorien überhaupt in Arbeit zu bringen; es sei nur an die Kraftwagenführer erinnert, die dank der verkehrlichen Verteilung und Verteuerung der Betriebsmittel fast gar keine Aussicht haben, in absehbarer Zeit Arbeit zu finden. Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß heute noch Behörden an dem Einstellungsalter festhalten. Es ist die höchste Zeit, den städtischen, staatlichen und Reichsbehörden deutlich zu sagen, daß auf diesem Gebiete eine Aenderung eingetreten hat.

Um die Arbeitslosen für die Zukunft zu entlasten, ist von den Vertretern der Arbeitslosen im vorigen Jahre und vom städtischen Arbeitsnachweis mit allem Nachdruck dahin gearbeitet worden, Berliner Arbeitslose auf den städtischen Gütern unterzubringen. Zur Ehre der Arbeitslosen sei es gesagt, daß diese sich mit Gewalt zu diesen Notstandsarbeiten drängen, so daß nicht alle sich Meldebüchern untergebracht werden konnten. Zugewiesen muß werden, daß ein Teil nicht untergebracht hat, was zum größten Teil auf die im vorigen Jahre auf den Gütern herrschenden mangelhaften und unangenehmen Verhältnisse zurückzuführen ist. Dies hat sich mit der Zeit sehr zum Besseren gewendet, so daß ein erheblicher Teil von im vorigen Jahre vermittelten Arbeitern nach heute auf den Gütern beschäftigt wird. Ein anderer Teil war der Landwirtschaft nicht gewachsen. Diese verkehren nach einigen Tagen die Arbeitsstätten oder wurden von der Güterverwaltung entlassen.

Genosse Stadtdirektor Alexander Wurm schreibt uns hierzu: Die gemachten Erfahrungen geben zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß in diesem Jahre ein größerer Teil Arbeitsloser Berlin auf den städtischen Gütern untergebracht werden könne. Diese Hoffnung erweist sich als richtig, denn die städtische Güterverwaltung ist in diesem Jahre dazu übergegangen, selbst die längere Zeit beschäftigten Notstandsarbeiter zu entlassen oder auf das Mindestmaß zu beschränken, um dafür ausländische Arbeitskräfte einzustellen. Alle Bemühungen, menschenwürdige Unterfunksträume zu beschaffen, kommen nicht Berliner Arbeitslosen zugute, sondern ausländischen Arbeitern. Ich bin der Letzte, welcher die Beschäftigung ausländischer Arbeiter beschränken möchte, aber solange nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten für deutsche Arbeiter vorhanden sind, sind deutsche Arbeiter und vor allem Berliner Arbeiter diejenigen, welche Anspruch auf die vorzuziehende Arbeit haben. Ganz abgesehen davon, daß auch die Gemeinde Berlin ein Interesse daran hat, die Arbeitslosenfrage zu entlasten. Aus eigener Erfahrung durch das Verlassen der städtischen Güter, wie nach Aussagen der Kassierer und Beamten, ist festgestellt, daß großstädtische Arbeiter daselbst, ja teilweise noch mehr kosten als ausländische Arbeiter. Um so unverständlicher ist es, daß die städtischen Arbeiter bedeutend mehr entlastet werden. Es erhält z. B. der Berliner Notstandsarbeiter 6 Mark, der ausländische dagegen 9 Mark den Tag. Auch am Fleisch erhält der Notstandsarbeiter 250 Gramm, wogegen der Notstandsarbeiter nur 100 Gramm pro Woche erhält. Alle anderen Lebensmittel erhalten beide Arbeitergruppen ziemlich gleich. Der Unterschied ist, daß der ausländische Arbeiter sein Essen im Wohnort, der städtische Arbeiter im geschlossenen Zustande erhält. Die geringere Entlohnung führt natürlich zu Unzufriedenheiten. Oder will man auf diese Weise die Berliner Notstandsarbeiter zwingen, ihre Arbeit aufzugeben, um dieselben als Landarbeiter unterzubringen zu lassen? Will man es nicht fertig auf den Berliner Gütern den Beweis zu erbringen, daß sich städtische Arbeiter zur Landarbeit eignen, so wird man auch nie fordern können, daß sich die private Landwirtschaft jemals mit dieser Frage beschäftigt. Der größte Widerspruch in dieser Frage wird den Vertretern der Arbeitslosen so wohl wie dem städtischen Arbeitsnachweis von dem Herrn Güterdirektor und dem Delegierten der städtischen Güterverwaltung entgegengebracht. Auf eine persönliche Vorstellung beim Herrn Bürgermeister Wende von Berlin ging mir die Mitteilung zu, daß nach seiner Information die Notstandsarbeiter weniger kosten als ausländische Arbeiter und es aus diesem Grunde angebracht erscheint, diese niedriger zu entlohnen. Aber sich mit der Frage zu beschäftigen, ob Zuschüsse aus der Arbeitslosenunterstützung an die Notstandsarbeiter zu zahlen wären, diese Anregungen erörtern unerschwinglich. Jedoch kann diese Auskunft nur der Güterdirektor oder der Delegierte der Güterverwaltung gegeben haben, die natürlich vom grünen Tisch aus oder vom Obergang die Sache nicht zu beurteilen können, als Kassierer und Beamte, welche die Arbeiter täglich beschäftigen. Diese erklären fast automatisch, daß heute, welche länger als 3 Monate auf den Gütern beschäftigt werden, dieselbe, sogar mehr an Arbeit leisten, als ausländische, die nur unter ständiger Aufsicht gehalten, ihre Arbeitsleistung vollbringen. Es erscheint daher auch nur recht und billig, daß die Notstandsarbeiter denselben Lohn als die ausländischen erhalten. Ansofern erweist es, daß sich einmal diejenigen Leute mit dieser Frage beschäftigen, welche immer über Arbeitsnachweise und Arbeitsmarkt großstädtische Arbeiter klagen.

Diese Darlegungen seien, wie ständlich manche Stellen in der städtischen Verwaltung sind, und es ist Zeit, den Herren deutlich zu sagen, was gesagt werden muß.

Mädchenmord in Tegel. In Tegel hat sich am zweiten Ditzelerfest ein Mordverbrechen abgespielt, dem ein hübsches Mädchenleben zum Opfer fiel. Nach einem Streit hat der Arbeiter Woll sein Gefährte, die 20jährige Gertrud Schreiber, die sich von ihm losgelassen hatte, ermordet. Der Mörder, der auf der Flucht begriffen ist, konnte verhaftet werden.

Wieder zwei Selbstmorde. Die 22 Jahre alte Schülerin Hildegard Koller aus der Hochstraße 10 wurde gestern abend von ihrer Schwester Selma in ihrem Zimmer aufgefunden. Ein hessischer Arzt stellte fest, daß der Tod bereits vor ungefähr fünf Tagen infolge Bauchgrippe eingetreten ist. Nach dem nächtlichen Besuche liegt ein Unglückfall vor. — In der Zimmerpeterstraße 4 fand der 22 Jahre alte Militär-Anwärter Gustav Hieteling ebenfalls durch unvorsichtiges Gammieren an der Gasbeleuchtung seinen Tod. Er wurde vor seinem Ableben nachmittag in seinem Bett lebend aufgefunden.

Nur 50 000 Mark Tilberberg verbleibt hat die Berliner Kriminalpolizei bei einem weiteren Raubverbrechen, der aus der Provinz nach Berlin gekommen war, um das gehamerte Geld bei einem Geldhändler zu verkaufen. Das Dargelb hatte der Raubere, der sich wahrscheinlich auch für einen guten Patrioten hält, schon lange Zeit in seinem Hause verstaubt gehalten, um es jetzt bei den hohen Preisen mit hohem Gewinn an den Mann zu bringen.

Von einem Floß gefallen und ertrunken ist der 17 Jahre alte Arbeiter Richard Kopp aus Neuhof. Der junge Mann verlor ein städtisches Kajakboot am Städtischen Kanal in Neuhof auf einem aus mehreren Brettern bestehenden Floß zu rudern, verlor dabei das Gleichgewicht, fiel ins Wasser und ertrank. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

